



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und
Bau
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 11.10.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
am Dienstag, 17. Oktober 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 19.09.2023**

2. **23-F-69-0075**

Sachstand öffentliche Flächennutzung Erbenheim
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -

Nicht zuletzt durch die Entwicklung des Baugebiets Erbenheim-Süd besteht in dem Ortsbezirk Bedarf nach einem Lebensmitteldiscounter. Der Ortsbeirat Erbenheim war hierzu bereits vor zwei Jahren sowie zuletzt im März 2023 mit dieser Thematik befasst. Gemäß dem vorliegenden Bericht des Magistrats vom 12.05.2023 mangelt es an einem geeigneten Grundstück.

Parallel werden in Erbenheim geeignete Flächen für einen Erweiterungsbau der Justus-von-Liebig-Schule sowie hieraus ergebend ggfls. auch für die Freiwillige Feuerwehr benötigt. Hierzu wurde am 01.12.2022 im Schulausschuss mündlich berichtet sowie eine zeitlich gestaffelte Berichterstattung zugesagt. Bisher liegen keine neuen Erkenntnisse vor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, umfassend zum aktuellen Sachstand betreffend Flächenakquise, Flächenbedarfe und möglichen laufenden Gesprächen zur Erweiterung der Nahversorgung sowie den Weiterentwicklungen der Grundschule und der Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr zu berichten und mögliche Konflikte/Hindernisse konkret zu benennen.

3. 23-F-69-0076

Nutzung der Liegenschaft Lessingstraße 16-18
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden beabsichtigt, die aktuell gemäß dem „Konzept GU.plus“ aus 2016 für bis zu 550 Personen ausgelegte Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Hans-Bredow-Straße aufzulösen. Aktuell sind dort lt. Presseberichterstattung noch gut 300 Personen untergebracht. Im Gegenzug soll die durch die Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) erworbene Liegenschaft Lessingstraße 16-18 für eine Unterbringung von bis zu 350 Geflüchteten ertüchtigt werden. Das Grundstück in der Hans-Bredow-Straße soll mittelfristig als Interimbau für zu sanierende weiterführende Schulen genutzt werden.

Die Bewohner des Einzugsgebiets der Liegenschaft Lessingstraße 16-18 wurden durch das zuständige Dezernat VI von Stadträtin Dr. Becher (SPD) und die SEG erst sehr spät und unzureichend über die Organisation und Planung sowie die Hintergründe der Nutzung der Liegenschaft am 19.09.2023 informiert. Die Antworten auf gestellte Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werfen neue Fragen auf, die bisher unbeantwortet sind.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten,

1. ob die Verlautbarungen während der Bürgerversammlung am 19.09.2023, die SEG plane nach der Flüchtlingsnutzung die Immobilie (ggfls. in Teilen) selbst zu nutzen, den Tatsachen entsprechen,
2. welches Nachnutzungskonzept für die Lessingstraße 16-18 losgelöst von der Beantwortung der Frage zu BP 1. seitens der SEG als Grundstückseigentümerin besteht,
3. mit welchen Kosten seitens der SEG für eine Umnutzung zu Büro- oder Wohnzwecken nach der geplanten Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft zu rechnen ist,
4. ob die Gesamtkosten für das Objekt Lessingstraße 16-18 in einer wirtschaftlichen Relation zu den zu erwartenden Kosten für die Weiternutzung der Unterkunft Hans-Bredow-Straße stehen,
5. ob die SEG als städtische Gesellschaft die bauplanungsrechtlichen Privilegierungen für die Herstellung von Flüchtlingsunterkünften wirksam in Anspruch nehmen kann,
6. ob, und wenn ja welche, mögliche Alternativstandorte für eine interimweise Unterbringung der Helene-Lange-Schule anlässlich deren geplanter Generalsanierung geprüft wurden und mit welchem Ergebnis.

4. Anträge zur Römermauer

4.1 23-F-63-0015

ANLAGE

Sachstandsbericht Römermauer
(ehem. Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.01.2023)
- Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 14.03.2023 (BP 0059) -

4.2 23-F-22-0009

ANLAGE

Sachstand Römermauer - Aufwertung des Areals und Verbindung vom Schulberg in die Innenstadt nach jahrelangen Versprechungen endlich umsetzen!
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 31.01.2023 -
- Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 31.01.2023 (BP 0013) -

5. 23-V-61-0018

DL 27/23-1 NÖ, 25/23-1

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Östlich der Leibnizstraße" im Ortsbezirk Bierstadt
- Aufstellungsbeschluss -

6. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-V-20-0036

DL 23/23-5

Investitionscontrolling Baumaßnahmen 2023 zum Stichtag 1. August 2023

2. 23-V-51-0011

DL 23/23-8

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage zum Neubau einer Kindertagesstätte in der Wiesbadener Straße 37 in Mainz-Kastel durch die SEG

3. 23-V-51-0038

DL 23/23-10

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage Caritasverband Wiesbaden e. V. Tageseinrichtung für Kleinkinder im Roncallihaus

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 17. Oktober 2023

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Christa Gabriel
Vorsitzende

TOP 4.1/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Stadtentwicklung,
Planung und Bau -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 4. Juli 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0015

Sachstandsbericht Römermauer

(ehem. Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.01.2023)
- Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 14.03.2023 (BP 0030) -

Beschluss Nr. 0030 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 14.03.2023

Der Bericht des Dezernates V vom 25. Februar 2023 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Magistrat 14.03.2023 BP 00183)

Beschluss Nr. 0059 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 04.07.2023

1. Der Sachstandsbericht zur Römermauer durch das Hochbauamt wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Tagesordnungspunkt soll für einen aktuellen Bericht in der Sitzung am 17.10.2023 erneut aufgerufen werden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, ⁵.07.2023

Christa Gabriel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, ⁶.07.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

13. Juli 2023

Der Magistrat
- 16 -

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme



Wiesbaden, *M*.07.2023



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister *Bec*

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Stadtentwicklung,
Planung und Bau -

Tagesordnung I Punkt 4.1 der öffentlichen Sitzung am 31. Januar 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-22-0009

Sachstand Römermauer - Aufwertung des Areals und Verbindung vom Schulberg in die Innenstadt nach jahrelangen Versprechungen endlich umsetzen!
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 31.01.2023 -

Im Sommer 2021 hatte das Preisgericht unter Vorsitz des RMCC-Architekten Ferdinand Heide die Gewinner des Realisierungswettbewerbs zum Witterungsschutz der Römermauer gekürt. Nachdem die Entwürfe im November 2021 dem Ausschuss vorgestellt worden waren, berichtete der Magistrat dem zuständigen Ortsbeirat Mitte, der nächste Verfahrensschritt bestehe darin, „mit den Preisträgern ein Verhandlungsverfahren entsprechend der Vergabeordnung durchzuführen. Im Rahmen dieser Verhandlungen sind die bei der Bewertung und Prüfung durch das Preisgericht festgestellten Fragestellungen/Defizite zu plausibilisieren bzw. zu beantworten. In der Folge sind Kostenschätzungen zu erarbeiten, auf deren Basis eine Entscheidung der städtischen Gremien herbeigeführt werden kann, welches Konzept weiterverfolgt werden soll.“

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bereits im Kämmererentwurf des Haushalts 2024/2025 auskömmliche Mittel für die in den beiden Jahren umsetzbaren Maßnahmen zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. 0013

Der Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 31.01.2023 wird in folgender Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten,

dem Ausschuss noch vor der Sommerpause einen kurzen Bericht zu geben, ob die Planungsmittel ausreichend sind und ob nächstes Jahr noch weitere Planungsmittel und wenn ja, in welcher Höhe, benötigt werden, um für die in den beiden Jahren umsetzbaren Maßnahmen für das Areal Römertor diese bereits im Kämmererentwurf des Haushalts 2024/2025 zu berücksichtigen.

2. Bis zur Vorlage des Berichts wird der Antrag zurückgestellt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 3.02.2023



Christa Gabriel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 5.02.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 7.02.2023



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

BGR

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

09. Feb. 2023
